

BESCHLUSSVORLAGE

Dezernat / Amt	Verantwortlich	Tel.Nr.	Datum
III / Amt für Migration und Integration	Herr Skiba	6300	03.06.2026

Betreff:**Demokratie vor Ort stärken: Fortführung der Partnerschaft für Demokratie Freiburg**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. MIA	11.06.2026	X		X	
2. SO	18.06.2026	X		X	
3. GR	23.06.2026	X			X

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: nein

Finanzielle Auswirkungen: nein

Auswirkungen auf den Klima- und Artenschutz: nein

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur bisherigen Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in Freiburg gemäß Drucksache G-26/090 zur Kenntnis.
 2. Der Gemeinderat beschließt gemäß Drucksache G-26/090 eine weitere Beteiligung der Stadt Freiburg am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Rahmen der „Partnerschaft für Demokratie Freiburg“ und sichert gegenüber dem Mittelgeber die hierfür erforderliche kommunalpolitische Unterstützung zu.
-

1. Ausgangslage

Am 26.09.2000, dem 100. Geburtstag der Freiburger Ehrenbürgerin Dr. Gertrud Luckner (1900 - 1995), hat der Gemeinderat einstimmig die Resolution „Für eine Offene Stadt – gegen Fremdenhass und Rassenwahn“ beschlossen (siehe Drucksache G-00/184) und damit ein klares Zeichen gegen Ausgrenzung und für eine vielfältige Stadtgesellschaft gesetzt. Dieses Bekenntnis zu einer Offenen Stadt wurde im 2020 verabschiedeten städtischen Leitbild Migration und Integration erneuert (siehe Drucksache G-20/033).

Die Stadtverwaltung hat die Umsetzung der Resolution in den letzten 25 Jahren mit einer Vielzahl von Projekten und zivilgesellschaftlichen Initiativen – flankiert von inzwischen vier Förderprogrammen der Bundesregierung – unterstützt.

Über das aktuelle Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fördert das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kommunen bei der Stärkung von Demokratie, Vielfalt und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Seit 2015 beteiligt sich die Stadt am Bundesprogramm (siehe: freiburg.de/demokratie-leben), in dessen Rahmen die „Partnerschaft für Demokratie Freiburg“ das zentrale kommunale Förder- und Umsetzungsformat bildet (siehe: pfd-freiburg.de). Sie dient der Entwicklung und Umsetzung lokaler Handlungskonzepte zur Stärkung demokratischer Kultur sowie zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements.

Die aktuelle Förderperiode des Bundesprogramms erstreckt sich von 2025 bis 2032. Die Umsetzung erfolgt dabei, unter Vorbehalt, im Rahmen jährlicher Bewilligungen.

Die Partnerschaft für Demokratie Freiburg konnte in den letzten Jahren kontinuierlich aufgebaut, weiterentwickelt und in die kommunalen Strukturen integriert werden. Sie stellt heute einen zentralen Baustein der lokalen Demokratieförderung dar und verbindet kommunale Verwaltung, Zivilgesellschaft sowie weitere Akteur*innen in einem strukturierten Förder- und Beteiligungsformat.

Ziel der Partnerschaft ist insbesondere die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements, die Förderung demokratischer Teilhabe sowie die Unterstützung der Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen auf kommunaler Ebene. Hierfür werden finanzielle, strukturelle und inhaltliche Rahmenbedingungen für Projekte und Initiativen bereitgestellt.

2. Sachstand

2.1 Gesellschaftliche Herausforderungen

Die Stadt Freiburg verfügt über eine vielfältige und stark ausgeprägte Zivilgesellschaft. In unterschiedlichen institutionellen und organisatorischen Kontexten engagieren sich zahlreiche Akteur*innen – von größeren etablierten Trägern und Organisationen bis hin zu kleineren Initiativen, selbstorganisierten Gruppen und ehrenamtlichen Zusammenschlüssen. Diese verfolgen unterschiedliche thematische Schwerpunkte und sprechen diverse Zielgruppen an.

Gemeinsam leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Kultur in der Stadtgesellschaft. Durch ihr Engagement in Bereichen wie Bildung, Teilhabe, Integration, Antidiskriminierung, Kultur, Jugendarbeit und sozialem Zusammenhalt, tragen sie maßgeblich zur Stabilität und Weiterentwicklung demokratischer Strukturen in Freiburg bei.

Gleichzeitig ist die gesellschaftliche Situation von vielfältigen Herausforderungen geprägt. Der demokratische Grundkonsens wird in Frage gestellt, öffentliche Diskurse und politische Debatten leiden unter der gezielten Verbreitung von Desinformation und sogenannten „Fake News“. Dies führt zu einer stärkeren Fragmentierung gesellschaftlicher Diskurse und erschwert die Herstellung gemeinsamer Bezugs- und Faktenräume in öffentlichen Auseinandersetzungen. Debatten werden dadurch stärker emotionalisiert und polarisiert geführt, was Verständigung erschwert und Konflikte verstärken kann. Digitale Kommunikationsräume wirken hierbei zusätzlich als Verstärker.

Darüber hinaus wirken internationale Konflikte zunehmend in lokale Kontexte hinein. Sie werden in der Stadtgesellschaft sichtbar und teilweise auch konflikthaft verhandelt. Globale Krisen und politische Konfliktlagen tragen dabei dazu bei, lokale Diskurse emotional aufzuladen und Spannungen innerhalb der Stadtgesellschaft zu verstärken.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Stärkung von Dialogfähigkeit, demokratischer Aushandlung und Konfliktkompetenz auf kommunaler Ebene weiter an Bedeutung. Kommunale Demokratieförderung leistet hierzu einen zentralen Beitrag. Die Partnerschaft für Demokratie Freiburg setzt genau an dieser Schnittstelle an: Sie stärkt zivilgesellschaftliches Engagement, fördert demokratische Teilhabe und unterstützt Akteur*innen dabei, gesellschaftliche Herausforderungen vor Ort konstruktiv aufzugreifen und zu bearbeiten.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte sowie auf der Entwicklung, Umsetzung und Unterstützung von Formaten, die Dialog ermöglichen, Beteiligung stärken und demokratische Handlungskompetenzen, insbesondere bei jungen Menschen, fördern.

2.2 Struktur und Arbeitsweise der Partnerschaft für Demokratie Freiburg

Die Partnerschaft für Demokratie Freiburg ist als kommunales Beteiligungs- und Förderformat organisiert und besteht aus mehreren ineinandergreifenden Strukturen. Die Federführung liegt beim Amt für Migration und Integration der Stadt Freiburg. Die operative Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Koordinierungs- und Fachstelle, die beim Verein „Aktion Dritte Welt e. V. / iz3w“ angesiedelt ist. Die Aufgaben der Programmumsetzung werden dabei gemeinsam durch das federführende Amt und die Koordinierungs- und Fachstelle wahrgenommen.

Hierzu zählen insbesondere die Beratung und Begleitung von Projektträger*innen, die Unterstützung bei der Entwicklung und Antragstellung von Projekten, die fachliche Bewertung und Vorprüfung von Förderanträgen sowie die Koordination und Vernetzung der beteiligten Akteur*innen. Darüber hinaus werden zentrale Veranstaltungsformate organisiert, Öffentlichkeitsarbeit geleistet und die inhaltliche Weiterentwicklung der Partnerschaft vorangetrieben.

Die inhaltliche Ausgestaltung der Partnerschaft erfolgt im engen Zusammenwirken der beteiligten Akteur*innen.

Eine zentrale Rolle kommt dabei einem Steuerungsgremium zu, das bisher als „Begleitausschuss“ fungierte und zukünftig als „Bündnis“ arbeiten wird. In diesem Gremium werden Entscheidungen über die strategische Ausrichtung der Partnerschaft sowie über Projektförderungen getroffen. Es bündelt unterschiedliche Perspektiven und fachliche Expertisen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und weiteren relevanten Akteur*innen und trägt so wesentlich zur inhaltlichen Profilbildung der Partnerschaft bei.

Die zivilgesellschaftlichen und weiteren beteiligten Akteur*innen repräsentieren dabei ein breites Spektrum gesellschaftlicher Bereiche, darunter Kinder- und Jugendhilfe, Antidiskriminierungsarbeit, Sport und Stadtteilarbeit, politische Bildung, Gewerkschaften, Wirtschaft, Minderheitenvertretungen, Studierenden- und Schüler*innenvertretungen sowie weitere kommunale Beiräte und Initiativen. Dadurch ist sichergestellt, dass möglichst vielfältige Sichtweisen und Perspektiven in die strategische Steuerung der Partnerschaft eingebunden werden.

Ergänzend besteht mit der Jugendprojekteplattform (JuPP) ein eigenständiges Beteiligungsformat für junge Menschen. Sie wird insbesondere von der Koordinierungs- und Fachstelle begleitet und unterstützt – und verfügt über ein eigenes Budget in Höhe von 10.000,00 € für die eigenständige Förderung von Jugendprojekten. Ziel ist es, jungen Menschen niedrigschwellige Zugänge zur Demokratieförderung zu eröffnen, eigenständige Projektideen zu ermöglichen und ihre Beteiligung an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen zu stärken. Eine Vertretung der Jugendprojekteplattform ist zudem im Begleitgremium eingebunden und bringt dort ebenfalls Perspektiven junger Menschen unmittelbar in die strategische Ausrichtung der Partnerschaft ein.

Im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie Freiburg konnten für die Förderjahre 2025 und 2026 jeweils Bundesmittel in Höhe von 140.000,00 € eingeworben und eingesetzt werden. Ergänzend wurde gemäß den Vorgaben des Mittelgebers ein kommunaler Eigenanteil in Höhe von rd. 18.000,00 € bereitgestellt sowie eine Vollzeitstelle (1,0 VZÄ) für die Projektleitung der Partnerschaft eingerichtet.

Auf dieser Grundlage konnten seit 2015 ca. 320 Projekte aus der Zivilgesellschaft gefördert und umgesetzt werden. Die geförderten Projekte werden fortlaufend dokumentiert und sind öffentlich einsehbar über die Website der Partnerschaft für Demokratie Freiburg. Für die diesjährige Projektausschreibung wurden zwei inhaltliche Förderschwerpunkte gesetzt:

- (Rechts-)extremistische Einflussnahme auf Jugendliche erkennen und verhindern
- Einfluss sozialer und digitaler Medien auf demokratische Meinungsbildung

Im Jahr 2026 werden aktuell insgesamt 22 Projekte (davon 10 Jugendprojekte) gefördert, die sich überwiegend an den aktuellen inhaltlichen Förderschwerpunkten orientieren.

Über die reine Projektförderung hinaus, übernimmt die Partnerschaft für Demokratie Freiburg eine aktive Rolle in der lokalen Demokratieförderung und Vernetzung. Dazu gehören insbesondere die Durchführung jährlicher Demokratiekonferenzen als zentralem Austausch- und Vernetzungsformat sowie die Beteiligung an Veranstaltungsformaten wie beispielsweise den „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ sowie der „Langen Nacht der Demokratie“.

Im Rahmen dieser Formate übernimmt die Partnerschaft für Demokratie unterschiedliche Funktionen: Sie unterstützt die Öffentlichkeitsarbeit, wirkt koordinierend in der Organisation mit und setzt darüber hinaus auch eigene Veranstaltungsformate um. Diese reichen von Lesungen, Workshops und Fachvorträgen bis hin zu Ausstellungen und weiteren niedrighschwelligem Beteiligungs- und Bildungsformaten.

2.3 Entwicklung des Bundesprogramms und strategische Weiterentwicklung der Partnerschaft für Demokratie

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ hat sich seit seinem Start im Jahr 2015 kontinuierlich weiterentwickelt. Dabei wurden die Förderlogiken, Schwerpunkte und Umsetzungsanforderungen im Laufe der Zeit fortgeschrieben und weiter ausdifferenziert. Zusätzlich ergeben sich gestiegene Anforderungen an administrative, dokumentarische und nachweisbezogene Verfahren. Diese Entwicklungen führen zu einem erhöhten Umsetzungsaufwand in der Programmdurchführung.

Unabhängig davon, entwickelt die Partnerschaft für Demokratie Freiburg ihre inhaltliche und strukturelle Arbeit kontinuierlich weiter. Ziel ist es, neben der bewährten Projektförderung eigene niedrighschwellige Beteiligungsformate auszubauen und dialogorientierte Formate stärker in der Stadtgesellschaft zu verankern. Insbesondere dialogorientierte Formate in Stadtteilen sollen dazu beitragen, unterschiedliche gesellschaftliche Perspektiven stärker miteinander in Austausch zu bringen und lokale Aushandlungsprozesse zu unterstützen. Erste Ansätze hierzu wurden bereits in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vor Ort erprobt, unter anderem durch die Organisation eines gemeinsamen Fastenbrechens im Stadtteil Weingarten in Kooperation mit dem Forum Weingarten e. V. Beim Oberbürgermeister angesiedelte interreligiöse Austauschformate schaffen weitere Handlungsperspektiven sowie Diskursoptionen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unter Einbezug aller Gruppen – über religiöse, weltanschauliche und kulturelle Grenzen hinaus.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der strukturellen Arbeitsweise, wurde der bisherige Begleitausschuss nicht nur formal in „Bündnis“ umbenannt, sondern in einem partizipativen Prozess gemeinsam mit den bisherigen Mitgliedern konzeptionell weiterentwickelt. Dabei wurde insbesondere die zukünftige Zusammensetzung des Gremiums neu ausgerichtet. Ziel dieses Prozesses war es, die Vielfalt der Perspektiven innerhalb des Gremiums weiter zu erhöhen und eine stärkere Verankerung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen der Stadtgesellschaft zu erreichen. Das künftige „Bündnis“ wird als Gremium daher breiter, diverser und stärker aktorsgruppenorientiert zusammengesetzt sein als bisher. Mit dieser Weiterentwicklung ist zugleich die Erwartung verbunden, die inhaltliche Arbeit der Partnerschaft noch stärker aus der Stadtgesellschaft heraus zu gestalten und über die Zusammenarbeit im Bündnis Impulse für neue Kooperationen, Formate und inhaltliche Schwerpunkte zu entwickeln.

Eine zentrale Grundlage für die weitere strategische Ausrichtung bildet eine derzeit in Auftrag gegebene Situations- und Ressourcenanalyse durch das Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) an der Universität Tübingen. Ziel der wissenschaftlich fundierten Analyse ist es, kommunale Bedarfe sowie vorhandene Ressourcen im Umgang mit demokratiefeindlichen Phänomenen systematisch zu erfassen und daraus zentrale Handlungsbedarfe sowie wirksame Handlungsansätze für die Kommune abzuleiten. Die Ergebnisse der Analyse werden im Rahmen einer Demokratiekonferenz im Herbst sowie im Ausschuss für Migration und Integration der Stadt Freiburg vorgestellt. Sie bilden damit eine wichtige evidenzbasierte Grundlage für die weitere inhaltliche und strategische Weiterentwicklung der Partnerschaft für Demokratie.

3. Votum

Die Verwaltung bewertet die Fortführung der Partnerschaft für Demokratie als zentralen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der demokratischen Kultur in Freiburg.

Angesichts aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen – insbesondere zunehmender Polarisierung, Desinformation sowie der lokalen Auswirkungen internationaler Konflikte – kommt kommunalen Strukturen der Demokratieförderung eine besondere Bedeutung zu.

Die Partnerschaft für Demokratie hat sich in Freiburg als wirkungsvolles Instrument etabliert, um zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken und demokratische Teilhabe zu fördern.

Die Verwaltung empfiehlt daher die Fortführung der Partnerschaft für Demokratie und die Bestätigung der kommunalpolitischen Unterstützung gegenüber dem Bundesministerium durch den Gemeinderat, welche die Grundlage für die Weiterförderung der Partnerschaft für Demokratie bildet. Die Förderung der Bundesmittel in Höhe von 140.000,00 € wird nur gewährt, wenn der Gemeinderat den vorliegenden Beschluss fasst.

Für Rückfragen steht Frau Spudeit, Amt für Migration und Integration, Tel.: 0761/201-6337, zur Verfügung.